

## Deutschland: Bischöfe und Zentralrat der Juden setzen Dialog fort

utl: Beide Seiten äußerten Kritik am "Kreuz-Urteil" des Straßburger Menschenrechtsgerichtshofes - Religiöse Bekenntnisse dürfen nicht ins Privatleben verbannt werden =

Freiburg, 19.11.2009 (KAP) Die Deutsche Bischofskonferenz und der Zentralrat der Juden in Deutschland wollen sich gemeinsam dafür einsetzen, dass religiöse Symbole und religiöses Bekenntnis nicht aus der Öffentlichkeit verdrängt werden. Katholiken und Juden in Deutschland sprachen sich zudem dafür aus, dass die Erziehung zu Toleranz und Dialogbereitschaft in den Schulen verstärkt und jede Form von Antisemitismus, Antijudaismus und Antizionismus bekämpft wird. Das erklärten Spitzenvertreter der Bischofskonferenz und des Zentralrats nach einem Treffen am Mittwoch in Freiburg.

"Mit unserem Treffen setzen wir den Weg des vertrauensvollen Dialogs fort", unterstrichen die Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, und der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch: "Wir messen einem guten Verhältnis zwischen Christen und Juden in unserem Land eine hohe Bedeutung bei".

Beide Seiten kritisierten das jüngste "Kreuz-Urteil" des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg. Das Urteil habe "Verwunderung" ausgelöst. Die religiöse Vielfalt in Deutschland dürfe nicht zu einer Verbannung religiöser Bekenntnisse ins Privatleben führen, unterstrichen Zollitsch und Knobloch. Der Gerichtshof hatte das Anbringen von Kreuzen in staatlichen Schulen Italiens als Verstoß gegen die Religionsfreiheit gewertet.

Die Vertreter der Bischofskonferenz bekräftigten, dass es in der katholischen Kirche weder für Antisemitismus noch für die Leugnung des Holocausts Platz gebe: "Wir bekräftigen, dass es im Dialog zwischen Judentum und katholischer Kirche in Deutschland keine Wende zurück geben wird". Zwischen beiden Seiten hatte es in den vergangenen Jahren wiederholt Irritationen gegeben. Auslöser war zunächst die im Jänner 2008 neuformulierte Karfreitags-Fürbitte für Gottesdienste nach dem Messbuch von 1962. Hinzu kam Anfang dieses Jahres der Eklat um den lefebvrinischen Bischof Richard Williamson, der ein notorischer Holocaust-Leugner ist.

Der Besuch von Benedikt XVI. am 11. Mai 2009 in Yad Vashem und seine klaren Worte auf dem Flughafen von Lod hätten jetzt aber zu neuem Vertrauen der jüdischen Seite in die Position der katholischen Kirche beigetragen. "Wir bitten daher alle Gläubigen - Juden und Christen - den eingeschlagenen Weg des Dialogs nicht zu verlassen", heißt es im Kommuniqué nach dem Treffen zwischen Bischofskonferenz und Zentralrat.

Beide Seiten erklärten, gemeinsam wollten Juden und Christen ihren Beitrag zur Fortentwicklung des öffentlichen Lebens in Deutschland leisten. Besonders habe man sich über Fragen des Schutzes menschlichen Lebens in einer älter werdenden Gesellschaft ausgetauscht.

Besonderer Wert sei dem Bereich der schulischen Bildung beizumessen. Dort müsse die Erziehung zu Toleranz und Dialogbereitschaft unterstützt werden. Die Bekämpfung von Antijudaismus, Antisemitismus und Antizionismus bleibe eine Aufgabe der Schulen. Im Rahmen eines neuen Projekts sollen unter Mitwirkung eines jüdischen Religionspädagogen Bausteine für den katholischen Religionsunterricht auf einer Internetplattform angeboten werden.

An dem Gespräch nahmen neben Knobloch und Zollitsch auch die Vizepräsidenten des Zentralrats, Salomon Korn und Dieter Graumann sowie Generalsekretär Stephan Kramer teil. Auf katholischer Seite waren auch der Aachener Bischof Heinrich Mussinghoff und der Sekretär der Bischofskonferenz, P. Hans Langendörfer SJ beteiligt.

(ende)

nnnn

\*\*\* OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT \*\*\*

OTS0244 2009-11-19/13:57

191357 Nov 09

Link zur Aussendung:

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091119\\_OTS0244](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091119_OTS0244)